
Akteure des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland

Christina Terberl

1 Das Zentralbereich-Umfeld-Modell¹

Die Akteure des Politikfeldes Innere Sicherheit weisen unterschiedliche Grade an institutionalisierten Interaktionsbeziehungen auf, anhand derer sie klassifiziert werden können (Lange 1999). Es lassen sich drei verschiedene Bereiche unterschiedlicher Interaktionsbeziehungen beschreiben: Der Zentralbereich, das politisch-institutionelle Umfeld und das korrespondierende politische Umfeld (vgl. Abb. 1).

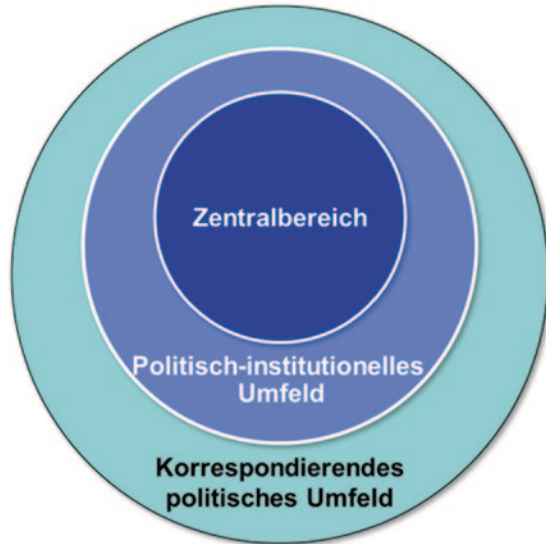
Der *Zentralbereich* setzt sich aus den staatlichen Sicherheitsbehörden bzw. den von ihnen beauftragten Hilfsorganisationen zusammen. Sie bilden die tatsächlichen Exekutiveinrichtungen des Bevölkerungsschutzes. „Ihre Tätigkeiten, Kompetenzen, Entscheidungsspielräume und Weisungsbefugnisse, generell ihre Interaktionen mit der System-Umwelt, begründet sich in den entsprechenden Gesetzen des Bundes und der Länder“ (Lange 1999, S. 243).

Auf Bundesebene zählen hierzu: der Arbeiter-Samariter-Bund e. V., die Deutsche Lebens-Rettungsgesellschaft e. V., das Deutsche Rote Kreuz e. V., die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., der Malteser Hilfsdienst e. V., die Bundesanstalt

¹ Dieser Beitrag beruht inhaltlich auf der Studie „Akteure, Perspektiven und Wechselbeziehungen der Naturgefahrenabwehr“, die von Lange et al. in 2012 erstellt wurde. Für die vorliegende Publikation sind entsprechende Teile der Studie erweitert und aktualisiert worden.

C. Terberl (✉)
Witten, Deutschland

Abb. 1 Das Zentralbereich-Umfeld-Modell. (Quelle: Lange et al. 2012, S. 37)



Technisches Hilfswerk und die Bundeswehr. Der Zentralbereich auf Landes- und Kommunalebene umfasst des Weiteren: die privaten Rettungsdienste, die Berufsfeuerwehren und die Freiwilligen Feuerwehren.

Die Akteure des *politisch-institutionellen Umfeldes* sind dadurch charakterisiert, dass sie zu den Einrichtungen „des Zentralbereichs in einem bestimmten, i. d. R. verfassungsrechtlich wie gesetzlich definierten Außenverhältnis stehen, welches normierte und regelhafte Entscheidungs-, Weisungs- und Kontrollrechte“ (Lange 1999, S. 130) mit einschließt. Dazu gehören beispielsweise die Innenministerien und die Arbeitskreise der Innenministerkonferenz.

Zum politisch-institutionellen Umfeld gehören zudem insbesondere das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern und die unteren und oberen Katastrophenschutzbehörden. Diese Akteure werden im Rahmen dieser Studie näher untersucht.

Das *korrespondierende politische Umfeld* verfügt nicht über normierte und regelhafte Interaktionsbeziehungen zum Zentralbereich. Ihr Einfluss hängt von „Durchsetzungsstrategien ab, die die Akteure mehr oder weniger frei wählen und beeinflussen können“ (Lange 1999, S. 130). Die Mitgliederrekrutierung und die allgemeine Fähigkeit, die eigenen Interessen wirkungsvoll zu vertreten, sind dabei wichtige Aspekte. Auf Bundesebene schließt diese Kategorie folgende Akteure ein: der Deutsche Feuerwehrverband, die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der

Berufsfeuerwehren, die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e. V., das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge e. V., das Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e. V. sowie die Medien.

2 Beschreibung der Akteure

2.1 Der Zentralbereich auf Bundesebene

2.1.1 Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)

Der Arbeiter-Samariter-Bund e. V. ist eine freiwillige Hilfsorganisation und ein Wohlfahrtsverband. Daneben ist er eine durch die Bundesregierung anerkannte Zivilschutzorganisation gemäß dem Artikel 63 des Vierten Genfer Abkommens. Der ASB ist „unabhängig, parteipolitisch neutral und konfessionell ungebunden“ (ASB 2011, S. 4). Seit seiner Gründung 1888 steht er in enger Verbindung zur deutschen Arbeiterbewegung (ASB 2011).

Die satzungsgemäßen Aufgabengebiete des ASB sind die „Hilfe bei Not- und Unglücksfällen, die Wohlfahrtspflege, das Gesundheitswesen und die Jugend- und Familienhilfe sowie die Aus-, Fort-, und Weiterbildung in diesen Bereichen“ (ASB 2011, S. 39). Zu seinen Aufgaben zählt der ASB Erste Hilfe, Rettungsdienste (inkl. Sanitätsdienst, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, Krankentransport und Wasserrettung), Jugendarbeit, Kinderbetreuung, Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie sowie Ausbildung, Auslandshilfe und eine Reihe weiterer Dienste (wie Obdachlosen-, Sucht- und Migrantenhilfe) (ASB 2014a). Die besonderen fachlichen Kompetenzen des ASB liegen in der Abwehr von Naturereignissen, im eigenen Unwetterwarndienst für Mitglieder und Einsatzkräfte (der in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wetterdienst betrieben wird), in der Schadensbeseitigung und der Betreuung von Betroffenen durch medizinische und sonstige Versorgung, Bereitstellung von Unterkunft etc. sowie Hilfe in der Rehabilitationsphase.

Zudem ist der ASB international in der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Mithilfe beim Aufbau von neuen Gesundheits- und Sozialstrukturen tätig (ASB 2014a, S. 41). Im Katastrophenschutz liegen seine Hauptaufgaben im Sanitäts- und Betreuungsdienst. Zu seinen rettungsdienstlichen Aufgaben zählen außerdem die Notfallvorsorge, der qualifizierte Krankentransport mit boden- und luftgebundenen Intensivtransporten, der Interhospitaltransfer sowie der kassenärztliche Bereitschaftsdienst (ASB 2014c).

Die Hauptaufgabe der ehrenamtlichen Sanitäter des ASB bei Katastrophen oder großen Schadensereignissen mit einem Massenaufkommen von Patienten liegt in der Versorgung von Verletzten und dem Aufbau von Behandlungsplätzen (ASB 2014d). Die so genannten Schnell-Einsatz-Gruppen (SEG) des ASB ergänzen den

Rettungsdienst- bzw. Sanitätsdienst und haben eine deutlich geringere Vorlaufzeit von der Alarmierung bis zum Eintreffen am Einsatzort (i. d. R. 15 Min.) (ASB 2014d). Der ASB verfügt über zahlreiche Rettungswachen, von denen einige staatlich anerkannte Rettungswachen für die praktische Ausbildung von Rettungsassistenten sind.

Im Jahr 2013 waren 13.688 Helfer ehrenamtlich für den ASB aktiv, des Weiteren arbeiteten 36.925 hauptamtliche Mitarbeiter, 964 Mitarbeiter im Freiwilligen Sozialen Jahr und 776 Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst für die Organisation. Insgesamt sind 1.173.347 Personen Mitglieder dieser Organisation (ASB 2013).

Die personellen Ressourcen teilen sich auf folgende Wachen und Gruppen auf: Es gibt insgesamt 214 Rettungswachen, von denen 148 Lehrrettungswachen sind. Dem Bundesverband gehören in 2013 16 Landesverbände und 205 Regional-, Kreis- und Ortsverbände an. Im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes unterhält er insgesamt 94 Sanitätsgruppen, 59 Betreuungsgruppen, 106 Schnell-Einsatzgruppen (SEG) und 42 sonstige Einheiten (z. B. Fernmeldezüge) (ASB 2013). Darüber hinaus führt er Rettungshunde und Wasserrettungsgruppen (ASB 2014b). Dem Arbeiter-Samariter-Bund stehen auch ABC-Gruppen zur Verfügung, die für eine Erstversorgung bei CBRN-Lagen eingesetzt werden können (ASB 2014a).

2.1.2 Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG)

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) mit Sitz in Bad Nenndorf ist eine Hilfsorganisation mit Schwerpunkt auf der Wasserrettung. Sie ist im Sinne des Artikels 63 des Vierten Genfer Abkommens durch die Bundesregierung als Zivilschutzorganisation anerkannt. Die DLRG ist eine konfessionslose und politisch unabhängige Hilfsorganisation.

Im Gegensatz zu den anderen hier dargestellten Hilfsorganisationen (ASB, DRK, JUH, MHD) hat sich die DLRG bestimmten Rettungsaufgaben, nämlich der Wasserrettung, verschrieben. Die vornehmliche Aufgabe der DLRG liegt in der „Schaffung und Förderung aller Einrichtungen und Maßnahmen, die der Bekämpfung des Ertrinkungstodes dienen“ (DLRG-Bundessatzung § 2 Abs. 1).

Satzungsgemäße Kernaufgaben der DLRG (DLRG Bundessatzung § 2 Abs. 2):

- a) frühzeitiges und fortgesetztes Informieren über Gefahren im und am Wasser sowie über sicherheitsbewusstes Verhalten
 - b) Ausbildung im Schwimmen und in der Selbstrettung
 - c) Ausbildung im Rettungsschwimmen
 - d) Weiterqualifizierung von Rettungsschwimmern für Ausbildung und Einsatz
 - e) Organisation und Durchführung eines flächendeckenden Wasserrettungsdienstes im Rahmen und als Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr von Bund, Ländern und Gemeinden
-

Als weitere Aufgaben sind die Jugendarbeit und die Nachwuchsförderung (DLRG-Bundessatzung § 2 Abs. 3), die „Entwicklung und Prüfung von Rettungsgeräten und Rettungseinrichtungen sowie die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Wasserrettung“ (DLRG-Bundessatzung § 2 Abs. 4e) und die „Zusammenarbeit mit Bundesbehörden und -organisationen“ (DLRG-Bundessatzung § 2 Abs. 4g) zu nennen. Die Wasserrettungsaktivitäten der DLRG sind hauptsächlich in der nicht katastrophenorientierten Schwimmrettung zu verorten und weniger im Katastrophenschutz.

Der organisatorische Aufbau der DLRG kann folgendermaßen beschrieben werden: Der Bundesebene sind Landesverbände untergeordnet, gefolgt von Bezirken oder Kreisverbänden, die die Kreise und die kreisfreien Städte in der Bundesrepublik widerspiegeln. Auf unterster Ebene befinden sich Ortsverbände oder Ortsvereine, die der Ebene der Gemeinden gleichzusetzen sind. Diese bestehen aus den Mitgliedern, die ihr Pendant im Bürger haben (DLRG 2014). Die 18 Landesverbände sowie die Ortsverbände sind rechtsfähig und haben jeweils eine eigene Satzung, die jedoch im Einklang mit der Bundessatzung stehen muss.

Über 1,25 Mio. Mitglieder und Förderer unterstützen die DLRG nach eigener Auskunft, wovon über 62 % Kinder und Jugendliche bis zum 26. Lebensjahr sind (DLRG 2013). In ihren über 2.000 Gliederungen im Bundesgebiet sind insgesamt rund 50.000 Personen im Wasserrettungsdienst aktiv, weitere 50.000 befinden sich in der Ausbildung (DLRG 2013). Außerdem sind 1.058 Organisationen (Vereine, Behörden und Unternehmen) Mitglied der DLRG. Die ehrenamtlich aktiven Mitglieder arbeiteten im Jahr 2013 in den Bereichen Wasserrettungsdienst, Ausbildung, Instandhaltung und Pflege, Organisation und Verwaltung. In Zuge dessen wurden von diesen Mitgliedern insgesamt 2,3 Mio. h ehrenamtliche Arbeit geleistet (DLRG 2014a).

Für die Rettung bei Hochwasser verfügt die DLRG über rund 100 Wasserrettungszüge (DLRG 2014b). Diese bestehen jeweils aus einem Führungstrupp und mindestens zwei Wasserrettungsgruppen. Es können jedoch auch weitere Fachgruppen hinzukommen (z. B. Führungstrupp, Bootstrupp, Einsatztauchtrupp, Betreuung, Sanitätsdienst, Technik/Logistik, Umweltgefahren) (DLRG 2014c).

2.1.3 Deutsches Rotes Kreuz (DRK)

Das Deutsche Rote Kreuz mit Sitz des Generalsekretariats in Berlin ist Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege und mit rund 3,2 Mio. Fördermitgliedern, ca. 400.000 ehrenamtlichen und etwa 150.000 hauptamtlichen Mitarbeitern die größte Hilfsorganisation Deutschlands. Es ist als Nationale Gesellschaft des Roten Kreuzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und als freiwillige Hilfsgesellschaft der deutschen Behörden im humanitären Bereich bundesgesetzlich

verankert und „beachtet die Grundsätze der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung“ (DRK-Gesetz, § 1, Abs. 1). Diese Grundsätze sind Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Sie werden in der Bundessatzung aufgeführt (DRK-Bundessatzung § 1, Abs. 2).

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das neben den anerkannten nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung ist, besitzt als einzige Hilfsorganisation den Status eines Rechtssubjekts im humanitären Völkerrecht.²

Die sozialen und humanitären Aufgaben des DRK im In- und Ausland sind umfangreich. Sie sind in der Satzung aufgeführt, jedoch können sie auch darüber hinaus auf bundes- oder landesgesetzlicher Ebene zugewiesen werden (DRK-Bundessatzung, § 2, Abs. 3). Auf nationaler Ebene werden der Katastrophenschutz und der zivile Rettungsdienst in Abstimmung mit den Behörden koordiniert (DRK 2009). Dies umfasst die folgenden Aufgaben:

Aufgaben auf nationaler Ebene (DRK-Bundessatzung § 2, Abs. 1)
Hilfe für die Opfer von bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen und anderen Notsituationen
Verhütung und Linderung menschlicher Leiden, die sich aus Krankheit, Verletzung, Behinderung oder Benachteiligung ergeben
Förderung der Gesundheit, der Wohlfahrt und der Bildung
Förderung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
Förderung der Entwicklung nationaler Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften im Rahmen der Satzungen und Statuten der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung
Förderung der Tätigkeit und Zusammenarbeit seiner Mitgliedsverbände
Unterstützung bei der Spende von Blut und Blutbestandteilen zur Versorgung der Bevölkerung mit Blutprodukten
Suchdienst und Familienzusammenführung
Förderung der Rettung aus Lebensgefahr (u. a. Bergrettung, Wasserrettung) einschließlich der dazugehörenden Aktivitäten, wie Rettungsschwimmen sowie die Durchführung rettungssportlicher Übungen und Wettbewerbe

Auf internationaler Ebene ergeben sich die Aufgaben aus dem Genfer Abkommen von 1949 und seinen Zusatzprotokollen sowie Aufträgen, die dem DRK durch Bundes- oder Landesgesetze im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben zugewiesen werden. Dazu gehört vor allem die humanitäre Hilfe bei bewaffneten Konflikten sowie nach Naturkatastrophen (DRK 2009).

² In einer umfassenden Dokumentensammlung zum Völkerrecht als gemeinsame Veröffentlichung des Auswärtigen Amts, des Deutschen Roten Kreuzes und des Bundesministeriums der Verteidigung ist die völkerrechtliche Verankerung des DRK im Detail nachzuvollziehen (Auswärtiges Amt et al. 2006).

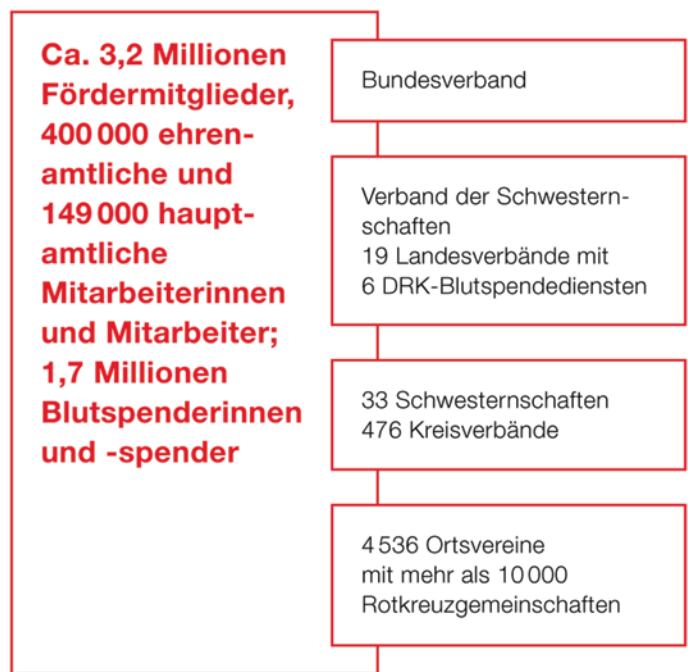


Abb. 2 Struktur und Personal des DRK. (Quelle: DRK 2014, S. 50)

Aufgaben nach dem Genfer Abkommen von 1949 (DRK-Bundessatzung § 2, Abs. 2)
Die Verbreitung von Kenntnissen über das humanitäre Völkerrecht sowie die Grundsätze und Ideale der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung
Die Mitwirkung im Sanitätsdienst der Bundeswehr einschließlich des Einsatzes von Lazarettschiffen
Die Wahrnehmung der Aufgaben eines amtlichen Auskunftsbüros
Die Vermittlung von Familienschriftwechseln

Die Aufgabenschwerpunkte, die das DRK innerhalb seines gesetzlichen Auftrages wahrnimmt, ergeben sich aus dem Selbstverständnis als Hilfsorganisation. Sie umfassen die Bereiche: „Auslandshilfe (Internationale Hilfen), Einsatz im Ausland, Bergwacht, Rettungsdienst, Betreuungsdienst, Rettungshundearbeit, Blutspendedienst, Sanitätsdienst, Erste-Hilfe-Programm, Suchdienst, Flugdienst, Technik und Sicherheit, Führungskräftequalifizierung, Verbreitungsarbeit (Genfer Konvention), Hilfszug, Wasserwacht, Katastrophenschutz sowie Zivilschutz“ (DRK 2009).

Die Zuständigkeiten bei der Wahrnehmung der Aufgaben variieren mit der verbandlichen Ebene, wobei es Landes-, Kreis- und Ortsverbände gibt. Abb. 2 veranschaulicht diese Struktur des DRK:

Die föderal organisierten und unabhängig finanzierten operativen Einheiten befinden sich auf den unteren Ebenen, wobei die Schwesternschaften auf einer Ebene mit den Kreisverbänden agieren. In den darunter liegenden Ortsvereinen wirken vor allem ehrenamtliche Mitglieder (DRK 2014, S. 50). Die Auslands- und Katastrophenhilfe sowie die verbandsinterne und -externe politische Arbeit sind Aufgaben des Bundesverbandes (DRK 2014, S. 51). Das DRK ist aufgegliedert in 19 Landesverbände, wobei in Nordrhein-Westfalen mit dem DRK Nordrhein und Westfalen-Lippe, in Niedersachsen mit dem Landesverband Oldenburg, sowie in Baden-Württemberg mit dem Badischen Landesverband eigene untere Landesverbände unterhalten werden. Das Bayerische Rote Kreuz (BRK) versteht sich im Gegensatz zu den anderen Landesverbänden als eine eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mit der neuen Satzung von 2009, die auf mehr Transparenz auf allen Ebenen abzielt, wurde die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gliederungen des Gesamtverbandes neu geregelt und dabei einheitliche Richtlinien eingeführt (DRK-Satzung).

Im Jahr 2013 konnte das DRK auf 3,2 Mio. Fördermitglieder zurückgreifen, wovon ca. 149.000 hauptamtlich für das DRK tätig sind. Eine wichtige personelle Ressource bilden die ca. 400.000 Ehrenamtlichen. Die Wasserwacht des DRK verfügt zudem über 3.000 Wachstationen, 6.000 Bootsführer und 2.100 Taucher. Außerdem kann das DRK auf über 200 Luftretter zurückgreifen (DRK 2014). Daneben ist das DRK auch mit ca. 5.000 Aktiven die größte Bergrettungsorganisation Deutschlands. Im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes verfügt das DRK über ca. 25.000 Rettungsassistenten (haupt- und ehrenamtlich). Mit den etwa 350 eigenständigen Rettungsdiensten stellt das DRK über 50 % der Rettungswagen (RTW) und über 57 % der Notarzteinsetzfahrzeuge (NEF). Eine wichtige Aufgabe des DRK liegt zudem darin, Fachkräfte, insbesondere Rettungshelfer, Rettungssanitäter und Rettungsassistenten/Notfallsanitäter auszubilden (DRK 2014, S. 53).

2.1.4 Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH)

Die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. (JUH) ist eines von sechs Werken des Johanniter-Ordens. Sie ist als Fachverband Mitglied im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Ordensgeschichte reicht 900 Jahre zurück und hat den gleichen Ursprung wie der Malteser Orden. Als Organisation existiert die JUH seit 1952 (JUH 2014). Ebenso wie der Malteser Hilfsdienst e. V. ist die JUH e. V. durch Beschluss der Bundesregierung als freiwillige Hilfsgesellschaft nach dem Artikel 26 des I. Genfer Abkommens anerkannt und zum Sanitätsdienst der Bundeswehr berechtigt (Auswärtiges Amt et al. 2006, S. 172f.). Sie nimmt ferner die ihr durch Bundesgesetz oder Landesgesetz zugewiesenen Aufgaben wahr. Neben dem MHD und dem DRK ist die JUH durch die Bundesregierung im Rah-

men des DRK-Gesetzes als „freiwillige Hilfsgesellschaft [...] im Sinne des Genfer Rotkreuz-Abkommens“ in den Katastrophenschutz eingebunden und zur Unterstützung des militärischen Sanitätsdienstes ermächtigt (DRK-Gesetz, § 5).

Die Tätigkeiten der JUH erstrecken sich über unterschiedliche soziale und karitative Bereiche. „Sie steht in der Tradition des evangelischen Johanniterordens, dessen wichtigstes Anliegen seit Jahrhunderten die Hilfe von Mensch zu Mensch ist“ (JUH 2014). Die satzungsgemäßen Aufgaben sind im Folgenden aufgelistet:

Satzungsgemäße Aufgaben der JUH (JUH-Satzung, § 2)
Die Förderung der Rettung aus Lebensgefahr
Die Förderung des Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der Unfallverhütung
Die Förderung des Wohlfahrtswesens
Die Förderung der Jugend- und Altenhilfe
Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege
Die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung
Die Förderung von Wissenschaft und Forschung
Die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit
Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke

Die JUH ist bundesweit tätig und hat ihren Sitz in Berlin (JUH 2014a). Ihre insgesamt rund 300 Regional-, Kreis-, und Ortsverbände sind zu neun Landesverbänden zusammengefasst. Mehr als 15.000 hauptamtliche und rund 30.000 ehrenamtliche Mitarbeiter engagieren sich in der JUH. Ferner besitzt die JUH mehr als 1,3 Mio. Förderer. Zudem unterstützen rund 700 Helfer im Bundesfreiwilligendienst und rund 700 Freiwillige im Freiwilligen Sozialen Jahr die Johanniter (JUH 2013). Demnach sind im Jahr 2013 insgesamt rund 45.000 Personen bei der Johanniter-Unfall-Hilfe beschäftigt gewesen.

Abbildung 3 veranschaulicht die personellen Entwicklungen seit 2009.

Im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes engagieren sich rund 6.000 Menschen freiwillig, die in 180 Einheiten und in 363 besonderen Einheiten im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz organisiert sind. Zudem unterhält die JUH 30 Rettungshundestaffeln, des Weiteren sind rund 13.000 Personen in der Johanniter-Jugend und im Schulsanitätsdienst organisiert. Überdies wurden im Jahr 2013 insgesamt etwa 560.000 Notfallrettungseinsätze und rund 340.000 Krankentransporte durchgeführt (JUH 2013).

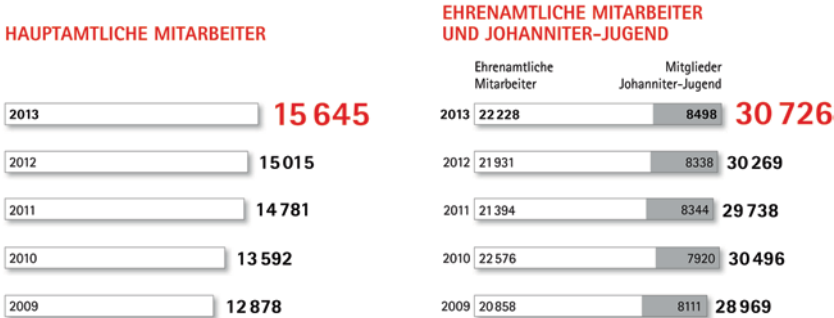


Abb. 3 Mitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. (Quelle: JUH 2014b, S. 35)

2.1.5 Malteser Hilfsdienst (MHD)

Der Malteser Hilfsdienst (MHD) ist eine katholische Hilfsorganisation mit Sitz in Köln. Er wurde 1953 durch den Deutschen Caritasverband und zwei Untergliederungen des Malteser Ordens gegründet. Seit 1978 gliedert er sich in acht Werke, wobei der MHD e. V. und die MHD gGmbH bundesweit an mehr als 700 Orten vertreten und entsprechend den Strukturen der katholischen Kirche in Diözesen gegliedert sind (MHD 2014).

Der MHD ist die Schwesterorganisation der evangelischen Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. (JUH). Wie die JUH ist der MHD durch die Bundesregierung als „freiwillige Hilfsorganisation“ gemäß Artikel 26 des I. Genfer Abkommens von 1949 anerkannt. „Die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. und der Malteser Hilfsdienst e. V. sind zur Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr ermächtigt. Die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. und der Malteser Hilfsdienst e. V. nehmen ferner die ihnen durch Bundesgesetz oder Landesgesetz zugewiesenen Aufgaben wahr“ (DRK-Gesetz § 5 Abs. 2).

Die Aufgaben erstrecken sich über zahlreiche soziale Bereiche und ergeben sich aus den in der Vereinssatzung festgehaltenen Zielen.

Vereinszweck des Malteser Hilfsdienst e. V. (§ 2 Abs. 4)
Förderung der Religion
Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege
Förderung der Jugend- und Altenhilfe
Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung sowie der Studentenhilfe
Förderung des Wohlfahrtswesens
Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene

Kooperation im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Lange, H.-J.; Gussy, C. (Hrsg.)

2015, XVII, 313 S. 11 Abb., 10 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-07150-9